

EINSCHREIBEN
Schweizerisches Bundesgericht
Geschäftsleitung
Av. du Tribunal fédéral 29
1000 Lausanne 14

Alex W. Brunner
Architekt HTL
c/o Bahnhofstrasse 210
CH-[8620] Wetzikon
Telefon +44 930 62 33

Datum: 9. Juli 2021
Post Code: 98.00.862200.00305222

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz
Ihr Schreiben 221.13_2021 vom 28. Juni 2021

Grüezi

Auf mein Schreiben vom 16. Juni teilte mir die Präsidentin des Bundesgerichtes, Frau Martha Niquille, mit, dass Sie sich nicht meines Anliegens annehmen könne, weil das Bundesgericht als höchste richterliche Instanz nur im Rahmen der gesetzlichen Verfahren Entscheide überprüfen könne. Darüber hinaus könne es nicht tätig werden.

Damit haben wir eine mehrfache Begründung, weshalb das Bundesgericht vorsätzlich weiterhin Verbrechen begehen will. Angefangen bei den Beschwerden zur Befangenheit sämtlicher Gerichte, insbesondere auch des Bundesgerichtes, gemäss Art. 6 EMRK, die bereits vor 15 Jahren vorsätzlich und damit willkürlich abgewiesen wurden und die heute immer noch abgewiesen werden sollen bzw. müssen. Diese Befangenheit hat das Bundesgericht ebenso selbst herbeigeführt wie auch die «Mitgestaltung» der Rechtsform des Bundesgerichtes. Und bei letzterem soll es wiederum gleich gehandhabt werden.

Dieses Verhalten zeigt eindeutig auf, dass das Bundesgericht vorsätzlich Fakten zugunsten unbekannter Dritter schafft, jedoch zum Nachteil der Bevölkerung. Aus geschichtlicher Sicht sind sie identisch mit dem Kommunistischen Manifest von 1848, indem u.a.

- die Religion und Moral abgeschafft wird. Dazu gehören aber auch die Philosophie, die Politik und das Recht.
Die Philosophie war bereits vor 6000 Jahren das erste Opfer, weshalb wir seither keine Wahrheiten mehr haben, sondern nur noch Ideologien. Aber die Religionen zeigen noch Hinweise zur alten Philosophie, recte der griechischen Philosophia. Deshalb müssen auch die Religionen verschwinden, um die letzten Hinweise zu beseitigen.
- die Persönlichkeit und Freiheit aufgehoben wird. Anstelle der häuslichen (bourgeois) Erziehung folgt die gesellschaftliche. Ebenso werden die ewigen Wahrheiten Freiheit und Gerechtigkeit abgeschafft.
Die Persönlichkeit ist ein Teil der Ideologie Person. Aber die Person ist bereits ein Mittelding zwischen dem freien Menschen und dem Sklaven als Sache. Und da Sachen weder Freiheit noch Gerechtigkeit brauchen, kann man diese auch aufheben. Aus diesem Grund wird es nur noch eine einheitliche gesellschaftliche Erziehung geben, bei der alle über den gleichen Leist gezogen werden. Aus diesem Grund müssen die Familien zerstört werden.
- Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Der Kommunismus nimmt jedoch keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen. (Anmerkung: Geld resp. Kapital ist ein gesellschaftli-

ches Produkt.)

Und diese Abschaffung des bürgerlichen Eigentums wird nun mit der geplanten Pandemie COVID-19 umgesetzt. Wie sagte doch der Bilderberger und WEF-Gründer Klaus Schwab?

«In zehn Jahren werden Sie nichts mehr besitzen...»

Diese Ziele haben nicht die Kommunisten erfunden, denn sie haben sie von den Illuminaten übernommen. Aber beide Organisationen wurden von Babylon gegründet, weshalb es babylonische Ziele sind. Sie sind die Hauptziele zum Endziel, die ganze Menschheit in blinder und absoluter Unterwerfung an eine Hierarchie zu binden, die vollständig von den Herrschern Babylons abhängig ist. Das ist seit 6000 Jahren Programm.

Und damit ist das Bundesgericht einmal mehr überführt, dass es nur Babylon huldigt. Aber das ging bereits aus meinen Beschwerden vor 15 Jahren hervor, auch wenn ich damals weder diesen Namen noch deren Ziele thematisierte, denn sie waren mir damals noch unbekannt. Somit ist erstellt, dass die Funktionäre des Bundesgerichtes eine kriminellen Organisation gemäss Art. 260ter Strafgesetzbuch unterstützen und sehr wahrscheinlich auch Mitglied dieser sind, ansonsten sie nicht ans Bundesgericht gewählt worden wären.

Weitere Altlasten

Ich habe Ihnen in meinem ersten Schreiben mitgeteilt, dass auch das Bundesgericht meine Beschwerden willkürlich abweisen musste. Diese bundesgerichtlichen Revisionsverfahren 5P.161/2006 bis 5P.164/2006, 5P.166/2006 bis 5P.168/2006, 5P.170/2006 bis 5P.175/2006, 5P.263/2006 bis 5P.276/2006 sind bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen.

Die Spruchgebühren dieser Revisionsverfahren im Betrag von Fr. 12'400.00 sind bis heute noch nicht bezahlt. Das Bundesgericht (Referenz B 3-35110610) hat zwar die Betreuung (Nr. 3932) eingeleitet, die Rechtsöffnung beseitigt und schlussendlich am 25. Oktober 2007 einen Verlustschein erhalten. Das ist die Folge – nicht nur – Ihrer «Justizpolitik» oder besser gesagt Ihrer institutionellen Verbrechen, die Sie sich selbst eingebrockt haben.

Nun, nachdem ich alle Behörden und Ämter, insbesondere das Bundesgericht ein weiteres Mal der institutionellen Verbrechen überführe, haben Sie selbstverständlich die Möglichkeit, das Inkasso zu Ende zu führen. Dieses Mal jedoch nicht mehr als Behörde oder Amt, sondern als illegal gegründete Privatfirma ohne eine handelsrechtliche und hoheitliche Legitimation.

Meine Bedingungen

Nachdem es offensichtlich ist, dass das Bundesgericht schon damals gemäss Art. 6 EMRK, aber auch gemäss Art. 5 Abs. 4 der Bundesverfassung weder unabhängig noch unparteiisch war und im Zusammenhang eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter StGB unterstützte, sehe ich mich gezwungen, nachstehende Bedingungen zu stellen:

1. Rückzug der der genannten Betreuung
 - a. Sie ziehen die genannte Betreuung bis spätestens am 26. Juli 2021 formell zurück und das Betreibungsamt Uster hat bis zu diesem Datum diese Einträge im Register getilgt und nicht bloss «gestrichen», damit sie gar nicht mehr existent sind. Der Eintrag muss gänzlich aus dem Register gelöscht sein. Dazu muss mir die Gelegenheit gegeben werden, dies selbst und mit Spezialisten prüfen zu können. Wird das innert Frist umgesetzt, so ist die Angelegenheit damit erledigt.
 - b. Wird die Betreuung nicht innert Frist zurückgezogen oder nicht innert Frist aus dem Register getilgt, so willigen alle Funktionäre gemäss Position 1b im Schreiben vom 16. Juni 2021 ein, mir je Betreuung/Pfändung eine Gebühr je Kalendertag zu bezahlen und dafür solidarisch zu haften. Sie endet, wenn die Betreuung gemäss den Bedingungen in Position 1a abgeschlossen ist. Die Gebühr beträgt ein Kilogramm Gold¹ je Kalendertag und Betreuung/Pfändung.

¹ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

- c. Sollten Sie jedoch die Pfändung fortsetzen, so willigen alle Funktionäre gemäss den Bedingungen vom 16. Juni 2021 in Position 1b ein, mir je eine weitere Pönale zu bezahlen. Die Pönalen sind gleich hoch wie in Position 1b vom 16. Juni 2021. Diese Pönalen gelten auch für jede weitere separate Betreuung.
- d. Sollten Sie die Pfändung fortsetzen, so willigen alle Funktionäre gemäss den Bedingungen vom 16. Juni 2021 in Position 1b ein, mir je Kalendertag eine Gebühr zu bezahlen. Sie beginnt mit dem Datum des Fortsetzungsbegehrens und endet, wenn die Bedingungen gemäss Position 1a erfüllt sind. Sie ersetzt in diesem Zeitraum die Gebühr in Position 1b und beträgt zehn Kilogramm Gold je Kalendertag und Betreuung/Pfändung. Diese Gebühr gilt auch für jede weitere separate Betreuung.

2. Die Zahlungsbedingungen bleiben weiterhin unverändert gültig.

Diese Gebühren werde ich wiederum bei der Firma Schweizerische Eidgenossenschaft in Rechnung stellen. Deshalb haben Sie die Pflicht, die entsprechenden Bestellungen dem Geschäftsführer der Firma Schweizerische Eidgenossenschaft zu übermitteln.

Im Weiteren gilt: Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Wie Sie dem beiliegenden Flyer entnehmen können, ist es nicht so, dass ich alleine gegen diese Behördenkriminalität vorgehe. Inzwischen regt sich organisierter Widerstand und es ist eine Frage der Zeit, bis diese Verbrechen einer breiteren Öffentlichkeit bewusst werden. Dann wird das der Anfang vom Ende bedeuten. In diesem Sinne müssen Sie meine Bedingungen als nichts anderes als Teil eines Geschäfts betrachten, in das Sie willentlich eingetreten und Sie damit Ihrer eigenen finanziellen Exekution zustimmen werden. Mit Ihrem Handeln werden Sie Ihr eigenes Testament schreiben.

Wenn Sie aus diesem System ausbrechen wollen, so müssen Sie meine Beschwerden nicht nur gemäss dem Handelsrecht und als Privatfirma ohne Legitimation «richtig» entscheiden, sondern Sie müssen auch die Konsequenzen ziehen, Anzeige erstatten und Ihren Posten quittieren. Aber das werden Sie aufgrund Ihrer Stellungnahme nicht machen, weshalb Sie zum Täter werden, der Sie bereits sind.

In diesem Sinne kann ich Sie nur ermuntern, machen Sie weiter so, weshalb ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern bereits heute für Ihre Grosszügigkeit danke.

Adieu

Mensch :Alex W. :Brunner, a.r.

• Flyer SIPS